

Nahrungsmittel

(57) Australischer Weizen für China

Australien hat nach Mitteilung seiner Weizenbehörde am 29. Januar 700.000 t an die VR China - und gleichzeitig 600.000 t nach Indien - verkauft (NZZ, 31.1.1976).

China fährt also trotz seiner Rekordernte im Jahre 1975 fort, Getreide einzukaufen. Es ist eine von Peking seit vielen Jahren geübte Praxis, Reis, der den doppelten Preis des Weizens am Weltmarkt erzielt, auszuführen und dafür die doppelte Menge billigerer Getreidesorten zu importieren.

(58) Peking liefert Reis für Sri Lanka

Ein zwischen der VR China und Sri Lanka für 1976 geschlossenes Warenabkommen sieht chinesische Reislieferungen in Höhe von 200.000 t gegen 67.000 t Kautschuk aus Sri Lanka vor. Im Jahre 1972 hatte das südasiatische Land noch 39.000 t und 1974 rd. 57.000 t Kautschuk gegen 200.000 t Reis eintauschen können. Im Hinblick auf den ständig schwankenden Weltmarktpreis wurde der Reispreis für 1976 im Protokoll noch nicht endgültig festgelegt. Für den Kautschuk hat Peking einen Preis offeriert, der um 0,16 DM pro kg über dem Weltmarktpreis liegt. 60.000 t der vereinbarten 200.000 t Reis sind bereits im Oktober/November 1975 von der VR China nach Sri Lanka verschifft worden. Der sonstige Warenaustausch Sri Lankas mit der VR China wurde für 1976 in beiden Richtungen auf 150 Mio. Sri-Lanka-Rupien gegenüber 250 Mio. Sri-Lanka-Rupien im Vorjahr reduziert. Nach Ansicht neutraler Beobachter steht hinter diesem Rückgang die Tatsache, daß es Sri Lanka bisher nicht gelungen ist, seinen Export nach China auszuweiten. Insbesondere könne das Land wegen sinkender Kautschukproduktion seine Ausfuhrmöglichkeiten nach China nicht voll nutzen. Das Handelsdefizit soll sich dabei nach bisherigen Berechnungen für 1975 auf rd. 90 Mio. Sri-Lanka-Rupien belaufen haben. Darüber hinaus werden 1974 geliehene 30.000 t Reis weder in Ware noch in Devisen zurückerstattet. Peking soll angeboten haben, die Reisschuld Sri Lankas von 1973/74 durch zusätzliche Kautschukkäufe bis Ende 1976 auszugleichen, falls Sri Lanka zu diesen Lieferungen in der Lage sei. Die VR China war im Jahre 1974 mit Abstand das wichtigste Lieferland Sri Lankas, unter den Abnehmerländern blieb es mit kurzem Abstand hinter Pakistan an zweiter Stelle (BfA/NfA, 20.1.1976).

Warenaustausch Sri Lanka - VR China in Mio.SLRp

Bezeichnung	1973	1974
Exporte Sri Lankas (fob)	240,6	267,2
davon Kautschuk	232,7	242,9
Importe Sri Lankas	211,3	358,7
davon Reis (cif)	160,0	299,8
Handelsvolumen	451,9	625,9
Saldo der Handelsbilanz	+ 29,3	./.

TAIWAN

Außenpolitik

(59) Lee Kuan-yew in Taiwan

Vom 23. bis zum 26. Januar ds.Js. hat der Premierminister der Inselrepublik Singapore, Lee Kuan-yew (Li Kuang-yao) Taiwan besucht. Dies wurde vom Presseamt der nationalchinesischen Regierung bestätigt. Lees Reise wurde als private Angelegenheit bezeichnet. Nach anderer Quelle soll er bereits mehrmals heimlich in Taiwan gewesen sein und auch mit dem Regierungschef der nationalchinesischen Regierung, Chiang Ching-kuo, Gespräche geführt haben (LH 28.1.1976). Wenn der Besuch Lees in Taiwan auch keinen offiziellen Charakter hat, so ist er doch politisch interessant, weil der Stadtstaat eine heikle Position zwischen Peking und Taiwan einnimmt. Rund 76% der Bevölkerung Singapores sind - von der Abstammung her gesehen - chinesisch. Taiwan hat eine offizielle Handelsvertretung in Singapore. In letzter Zeit mehrten sich die Anzeichen für eine Annäherung des Stadtstaates an Peking. Der Außenminister von Singapore, S. Rajaratnam, hat z.B. vom 13.-21. März 1975 die VR China besucht. Nachdem die meisten ASEAN-Staaten wie Malaysia, die Philippinen und Thailand nacheinander volle diplomatische Beziehungen mit der VR China aufgenommen haben, ist eine gegenseitige Anerkennung zwischen Singapore und Peking akuter geworden denn je. Nun löst aber Lees Besuch in Taiwan ein neues Rätselraten über Singapores Chinapolitik aus.

(60) Technische Hilfe einer US-Werft für die nationalchinesische Marine

Zwischen der amerikanischen Schiffbaugesellschaft Tacoma und der nationalchinesischen Marine soll ein Vertrag unterzeichnet worden sein. Der Vertrag soll dazu dienen, die Marine Taiwans durch langfristige technische Hilfe der US-Firma zu modernisieren. Nach diesem Vertrag hat Taiwan bereits ein oder zwei Kanonenboote bei der Werft in Auftrag gegeben, und Ende Februar 1976 wird sich eine aus 50 Personen bestehende Gruppe aus Taiwan zur Besichtigung der Bauarbeiten nach Tacoma begeben. Weder die Firma noch das Verteidigungsministerium in Taiwan wollten sich zu der Meldung äußern. Bestätigt wurde sie jedoch vom Marineattaché der nationalchinesischen Botschaft in Washington, Cho Chu-hsin. Nach Chos Worten handelt es sich bei dem von Taiwan geplanten Ankauf von Kanonenbooten von der Tacoma-Werft nicht um eine Finanzhilfe der amerikanischen Regierung. Taiwan habe bereits seit fünf Jahren keine finanzielle Unterstützung mehr von den USA bekommen (CJ 16.1.76). Bekannt ist jedoch, daß Washington Taiwan noch Kredite für die Beschaffung von Kriegsmaterial in den USA gewährt und daß Präsident Ford am 30.10.75 den Kongreß um die Bewilligung von 80 Mio. US\$ noch für das Finanzjahr 1976 gebeten hat (C.a.75/Dez., S. 749 Ü 65). Durch Kooperation mit US-Firmen ist Taiwan bereits seit über einem Jahr in der Lage, militärische Hubschrauber und Düsenjäger für seine Armee und Luftwaffe im eigenen Land zu montieren (vgl. C.a. 74/Juli, S.470 Ü 75). Es scheint, daß die USA den Aufbau der Rüstungsindustrie in Taiwan unter technischer Mithilfe von US-Firmen fördern, um so weitere Voraussetzungen für ein verstärktes politisches und mili-

tärisches Disengagement auf der Insel und gleichzeitig für die Normalisierung ihrer Beziehungen zu Peking zu schaffen.

(61) Weitere Entlassung von KMT-Angehörigen

Nach einem Bericht der NCNA vom 28.1.76 wurde wiederum einigen Kuomintang-Angehörigen nach der Amnestierung die Rückkehr nach Taiwan gestattet, um sich "mit ihren Familien zu vereinigen". Bei den freigelassenen Inhaftierten handelt es sich um drei frühere KMT-Angehörige, zwei "bewaffnete US-Ch'iang-Sonderagenten" und ein Besatzungsmitglied eines Agentenschiffes. Die sechs Entlassenen, unter denen sich als ranghöchster Chiu Ling, Oberstleutnant und ehemaliger Direktor der Politischen Abteilung der 2. Division des 1. Korps befand, wurden am 27.1.76, dem Vorabend ihrer Abreise, durch das Büro des Revolutionskomitees der Provinz Fukien und der Stadt Amoy mit einem Empfang und anschließendem Bankett verabschiedet.

Aus dem Bericht geht hervor, daß die Entlassenen wieder per Schiff nach Quemoy gebracht wurden. (SWB v.30.1.76, MD v. 4.2.76)

(62) Kuomintang-Soldaten bei Gefechten in Birma getötet.

Birmanische Regierungstruppen haben bei zwei bewaffneten Zusammenstößen in den Shan-Staaten im Nordosten Birmas 39 Soldaten der Kuomintang außer Gefecht gesetzt und 43 von ihnen gefangengenommen. Zum ersten Zusammenstoß kam es der offiziellen Verlautbarung zufolge bei der Ortschaft Mong Ping. Dabei seien 31 Kuomintang-Soldaten getötet und 40 gefangengenommen worden. Ein birmanischer Soldat sei bei den Kämpfen umgekommen. Der andere Zwischenfall habe sich in der Nähe der Straße, die nach Takaw führt, zugetragen. Dabei hätten die birmanischen Regierungseinheiten 8 chinesische Soldaten getötet und 3 gefangengenommen ("Die Welt", 7.1.76).

(63) Vertreter Taiwans im Rodelwettbewerb bei der Innsbrucker Olympiade

Eine Art Überlebensangst hat sowohl Taiwan als auch den Internationalen Rennrodelverband (FIL) zu einer Kompromißlösung veranlaßt. Da sich das Rodeln als "olympische Sportart" nur dann halten kann, wenn mindestens 25 nationale Verbände als Mitglieder geführt werden, hatte sich FIL-Präsident Bert Isatitsch 1974 auf den Weg nach Asien gemacht, um neue Mitglieder zu werben. In Nepal und in Indien hatte er keinen Erfolg, auf Formosa dagegen rannte er offene Türen ein. Während nämlich in den letzten Jahren andere Sportverbände Taiwans aus ihren internationalen Dachorganisationen zugunsten der Volksrepublik China ausgeschlossen wurden, bot sich Taipei nun eine günstige Gelegenheit, eine internationale Sportbastion gegenüber der Volksrepublik China ohne Kampf zu erobern.

Taiwan schickte sofort sechs Sportler, die in Innsbruck das Rodeln erst erlernen mußten und an den Wettbewerben teilnahmen ("Die Welt", 29.1.1976).

* * *

Innenpolitik

(64) Verhärtung von Justiz und Politik

Von Januar bis Februar 1976 wurden insgesamt elf junge Leute in Taiwan wegen Begehung von Raubüberfällen hingerichtet. Die meisten von ihnen waren in den Zwanzigern, einige sogar noch unter 20. Alle wurden auf Anweisung der Regierung vor ein Militärgericht gestellt. Die Verfahren dauerten sämtlich von der Verhaftung der Täter bis zur Vollstreckung des Urteils nur ca. vier Wochen. Außerdem berichteten die Massenmedien ausführlich über die tristen Szenen, die sich bei der letzten Begegnung der Todeskandidaten mit ihren Familien nach Bekanntgabe der Urteile oder vor der Vollstreckung abspielten. Durch die einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemachten Schnellgerichtsverfahren hofft man, wie das Militärgericht erklärt und Pressekommentare besagen, die Zunahme von Gewaltverbrechen aufzuhalten (vgl. CJ 17./26.1.76, LH 6.2.76). Auch in der Politik werden die Zügel wieder fester angezogen. Nur eine Woche nach den Wahlen der "zusätzlichen Abgeordneten des Gesetzgebungshauses" hat die Behörde gegen die regierungskritische Zeitschrift "Taiwan Chung-lun" (Taiwan-Politika) ein Erscheinungsverbot verhängt (C.a.76/Jan. Ü 45).

Im Zusammenhang mit den Neuwahlen kursieren auch Gerüchte über eine angebliche Manipulation seitens der Regierungspartei. Unter den 37 Gewählten befinden sich zwar sieben, die nicht Mitglieder der Kuomintang sind; dafür ist aber der schärfste Regierungskritiker, Kuo Yü-hsin, überraschend nicht gewählt worden. Kuo, der bis zu seiner Kandidatur für die Wahlen 26 Jahre lang Abgeordneter des Provinzparlaments war, behauptet, daß 40 000 für ihn bestimmte Wahlzettel durch Betrug für ungültig erklärt worden seien. In einer Wahlstation seien z.B. 480 der insgesamt 500 abgegebenen Stimmen ungültig gewesen. Dies sei ausgerechnet in seinem Heimatkreis Ilan passiert, der immer als seine Hauptstütze galt. Mit diesen Stimmen hätte er die Wahlen gewinnen können. In der Kreisstadt von Ilan soll in der Nacht nach den Wahlen eine Protestdemonstration stattgefunden haben, an der 10 000 Leute teilgenommen haben sollen. In seiner Wahlpropaganda hatte Kuo etliche der Regierung unangenehme Forderungen gestellt: Gewährung von Rede- und Versammlungsfreiheit, Erlaubnis zur Gründung einer oppositionellen Partei, Aufhebung des Belagerungszustandes, allgemeine Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten, das des Provinzvorsitzenden und das des Bürgermeisters der Stadt Taipei (FEER 9.1.76). Ein anderer oppositioneller Kandidat für die Wahl der "zusätzlichen Abgeordneten" des Gesetzgebungshauses namens Pai Ya-ts'an war bereits im Oktober 1975 verhaftet worden. Pai hatte u.a. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau, Handel mit Peking sowie die Bekanntgabe des Privatvermögens des Ministerpräsidenten Chiang Ching-kuo gefordert (vgl. "New York Times" 9.1.76 und die chinesischsprachige Zeitung "Sing Tao Jih Pao", New York, 27.11.75).

* * *

Wirtschaft

(65) Wirtschaftsbilanz 1975

Nach den Statistiken des Zollamts von Taiwan betrug der Außenhandel der Insel im vergangenen Jahr insgesamt 11 253,6 Mio. US\$. Im Vergleich zu 1974 (12 619,7 Mio. US\$) fiel der Außenhandelsumsatz um 10,7% oder 1351,1 Mio. US\$, und zwar sank der Export um 5,6% oder 317,8 Mio. US\$ und der Import um 14,8% oder 1033,3 Mio. US\$. Nach der Aufrechnung der Exporte (5 321,2 Mio. US\$) gegen die Importe (5 932,4 Mio. US\$) bleiben Passiva in Höhe von 611,2 Mio. US\$ (1974: 1 356,3 Mio. US\$). Von dem Exportvolumen entfielen 5,6% (295 Mio. US\$) auf Agrarprodukte, 10,8% (576,5 US\$) auf verarbeitete Agrarprodukte und 83,6% (4 448,9 Mio. US\$) auf Industrieprodukte. Die Importe bestanden zu 31,7% (1 881,9 Mio. US\$) in Kapitalanlagen, zu 61,6% (**3 651 Mio. US\$**) in landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen und zu 6,7% in Konsumgütern. Die großen Empfänger taiwanesischer Exporte waren auch 1975 wieder die USA (1 822,6 Mio. US\$) und Japan (700,2 Mio. US\$). Die großen Lieferanten von Importgütern nach Taiwan waren weiterhin Japan (1 801,3 Mio. US\$), die USA (1 649,1 Mio. US\$) und die Bundesrepublik Deutschland (372,7 Mio. US\$) (CJ 9.1.76).

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums wurden 1975 Kapitalinvestitionen aus dem Ausland in Höhe von insgesamt 118,175 Mio. US\$ genehmigt (1974: 189,37 Mio. US\$, 1973: 248,77 Mio. US\$). 47,235 Mio. US\$ davon wurden von Überseechinesen und 70,94 Mio. US\$ von Ausländern investiert (CJ 11.1.76).

Das Statistische Amt des Exekutiv-Yüan hat ferner ein vorläufiges Ergebnis der Wirtschaftsentwicklung i.J. 1975 bekanntgegeben. Das Bruttosozialprodukt belief sich auf 547,2 Mrd. NT\$ (rd. 14,3 Mrd. US\$). Im Vergleich zu 1974 (524,5 Mrd. NT\$) zeigte es ein Wachstum um 4,3%; die reale Wachstumsrate nach Berücksichtigung der Preisveränderungen beträgt jedoch nur 2,8% (1974: 0,6%). Das Volkseinkommen betrug 427,5 Mrd. NT\$, was eine Zunahme von 4,2% bedeutet, wovon allerdings nach Abzug der Preissteigerungen real nur 0,3% übrigbleiben. Das Pro-Kopf-Einkommen erreichte 700 US\$ - eine Verbesserung um 2,3% oder 16 US\$. Die Großhandelspreise sanken gegenüber 1974 um 4,9%, die Verbraucherpreise stiegen um 5,5%. Im Haushalt der Regierung auf allen Ebenen ergab sich ein Überschuß von 10,7 Mrd. NT\$. Der Anteil des Ex- und Imports am Sozialprodukt belief sich auf 40,7% bzw. 44,3% (CJ 26.12.75 und Free China Weekly 4.1.76).

Schließlich hat die Abteilung für Industrie im Wirtschaftsministerium die Zuwachsraten der Industrieproduktion für 1975 vorläufig mit 5,1% bekanntgegeben. Von den einzelnen Branchen gesehen, ist die Produktion im Bergbauwesen um 4,5%, in der Herstellungsindustrie um 3,8%, in der Schwer- und Chemieindustrie um 2,6%, in der Leichtindustrie um 5,3%, im Baugewerbe um 19,4% sowie im öffentlichen Dienst für Wasser-, Strom- und Gasversorgung um 11,4% gestiegen (CJ 12.1.76).

HONG KONG

(66) Ehemalige Rotgardisten stellen einen hohen Anteil an den kriminellen Banden in der Kronkolonie

Der Kampf der Hong Konger Polizei gegen jugendliche - zum Teil straff kontrollierte - Gängsterbanden wird immer härter. Ein ausgedehntes Netz von Geheimbänden kontrolliert vor allem die Sektoren Glücksspiel und Drogenverkauf, Hinzu kommen Banden von jungen Leuten, die sich zusammenschlossen haben, um von Raubüberfällen, Diebstahl u.a. kriminellen Tätigkeiten zu leben.

Einen großen Anteil an der Kriminalität haben dabei junge Flüchtlinge aus dem kommunistischen China, die in Hong Kong nur schwer einen Arbeitsplatz finden. Nach den Erkenntnissen der Polizei geht vor allem ein großer Teil der Banküberfälle auf das Konto der "China-Boys", von denen viele bereits in der Kulturrevolution Gewalttaten begangen hatten.

Gründe der Jugendkriminalität: Jährlich werden etwa 100.000 Kinder im Alter von 12 Jahren aus den Volksschulen entlassen, die einerseits weder Aufnahme in eine Mittelschule finden, noch vor dem 14. Lebensjahr einen Arbeitsplatz erhalten können, so daß sie leicht Opfer von kriminellen Elementen und Mitglieder von Geheimbänden werden. Ein weiterer Grund ist die Kluft zwischen arm und reich, die in Hong Kong aufdringlich zur Schau gestellt wird. Nicht zuletzt sind es die in Hong Kong verhängten allzu leichten Strafen, die der Kriminalität einen gewissen Vorschub leisten (NZZ, 20.1.1976).